
Marion Schardt-Sauer

LANDTAGSABGEORDNETE SCHARDT-SAUER VOR ORT:

01.10.2022

ENERGIEKRISE TRIFFT MITTELSTÄNDISCHE BETRIEBE IN DER REGION

Limburg- Die heimische Landtagsabgeordnete Marion Schardt-Sauer (FDP) hat sich über die Folgen der Energiekrise bei der Bäckerei Schäfer informiert. Unternehmer Johannes Schäfer berichtete eindrücklich über die aktuelle Situation und wo der Schuh drückt: „Schon vor der Energiekrise hatten sich die Rohstoffkosten erheblich erhöht. Mehl ist bereits doppelt so teuer, obwohl es in der Region angebaut wird und nun kommt eine Verdopplung des Gaspreises und eine massive Steigerung des Strompreises hinzu.“ Die Bäckerei Schäfer, die zwischenzeitlich mehr als 1.500 Arbeitsplätze bietet und in vielen Orten der einzige Bäcker ist, der noch Backwaren anbietet, kann diese Herausforderungen als grundsolides Unternehmen stemmen. „Aber für Investitionen bleibt bei diesen Preissteigerungen wenig übrig“, so Schäfer.

Die FDP-Politikerin Schardt-Sauer macht deutlich, dass die Energiekrise als Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die Abhängigkeit von russischem Gas, in die die Bundesrepublik von den Vorgängerregierungen systematisch reingeraten ist, nun gelöst werden muss. „Mit Preissteigerungen von 100 Prozent oder sogar 300 %, wie andere berichten, kann auch ein grundsolider Betrieb nicht alleine auffangen. Deshalb ist es wichtig, dass Bund und Land den energieintensiven Handwerksbetrieben unter die Arme greifen, aber auch Planungssicherheit geben, damit die Nahversorgung auch mittel- und langfristig sichergestellt ist.“

Insbesondere die Abschaffung der Gasumlage und die Fortführung der gesenkten Mehrwertsteuer für Gastronomieprodukte sieht Johannes Schäfer als Möglichkeit kurzfristig für Entlastung bei den Betrieben zu sorgen. Zumal der Staat an der Inflation ja

mitverdiene.

Schardt-Sauer begrüßt daher, dass die Bundesregierung mit dem angekündigten Hilfspaket von 200 Mrd. € die Energiepreiskrise angeht und Putins Energiekrieg die Stirn bietet. „Das Paket ist geeignet die mittelständischen Strukturen in Deutschland bei Handwerk und Industrie zu erhalten, bis wir ausreichend andere Energieträger zur Verfügung haben. Es ist jetzt wichtig, dass wir nicht Schäden an unserem Mittelstand erleiden, die wir nicht mehr gut machen können“, lobt Schardt-Sauer das beherzte Eingreifen der Bundesregierung.

Schardt-Sauer ergänzt: „Wir erwarten von der Landesregierung, einen Notfallfonds für energieintensive Handwerksbetriebe einzurichten, damit diese schnell und unbürokratisch Hilfe erhalten. Die Regierungen in Bund und Land sind in der Verantwortung, Betriebe in Not zu unterstützen, weil diese unverschuldet in die Notlage geraten sind. Es ist schließlich reiner Zufall, ob ein Betrieb jetzt aktuell schon von den extrem hohen Energiekosten betroffen ist, oder ob der Betrieb aufgrund eines laufenden Vertrags noch stabile Konditionen hat.“ Geht es nach den Freien Demokraten, wird auf Landesebene der Corona-Notfallfonds zur Bewältigung der aktuellen Krise reaktiviert. „Der Notfallfonds muss der Stoßdämpfer für den Mittelstand sein“, erklärt Schardt-Sauer. Das Handwerk sei schließlich eine zentrale Säule des Mittelstandes, und diese Betriebe erwirtschafteten Steuern in nicht unerheblichem Maß.

Mit Blick auf die heimischen Betriebe erklärt Schardt-Sauer: „Sie wollen für ihre Kundschaft Waren produzieren, die bezahlbar sind, und sie wollen die Arbeitsplätze ihrer Beschäftigten erhalten. Das sind gute Gründe, jetzt den energieintensiven Handwerksbetrieben unter die Arme zu greifen.“ Außer dem Notfallfonds könnte dazu auch Erleichterungen beim Wechsel der Energieträger und ein sinkender Strompreis beitragen. „Deshalb hat es Sinn, die verbliebenen Kernkraftwerke vorerst weiterlaufen zu lassen.“